



Podiumsdiskussion am 03. Juli 2014

Berufsperspektive oder Biotop der Kriminalität? Sollte man Prostitution legalisieren?

Von Sophie deCalheiros und Johanna Freund

Selten sind die Meinungen so unterschiedlich und kontrovers wie beim Thema Prostitution. In den letzten Jahren wurde die öffentliche Diskussion immer wieder neu entfacht, wie zum Beispiel durch die von Alice Schwarzer initiierte *Emma*-Kampagne im Herbst 2013, bei der sich 90 Prominente für ein Prostitutionsverbot aussprachen. Auch der studentische Verein *Junges Europa* e.V. veranstaltete am 03. Juli 2014 eine Podiumsdiskussion an der Universität Regensburg unter dem Titel „Berufsperspektive oder Biotop der Kriminalität? Sollte man Prostitution legalisieren?“. Zu Gast waren Karolina Leppert, *Hydra e.V.*, Dr. Peter Fischinger, Rechtswissenschaftler der Universität Regensburg, Inge Kleine, *Kofra e.V.* München, Stefan Hader, Hauptkommissar der Polizei Regensburg, und Beate Leopold, *Kassandra e.V.*.

Statt eines externen Moderators leitete mit Maximilian Kiener zum ersten Mal ein Mitglied des *Jungen Europas* die Diskussion. Die Gesprächsrunde begann mit der Frage an Karolina Leppert, wieso sie sich für die Tätigkeit als Domina entschieden habe. „Ich war damals bereits 50 Jahre alt, hatte eine Familie und Enkelkinder. Trotzdem war ich neugierig, es reizte mich.“, erklärte sie. Geboren im Jahre 1945, lehnte sie die „Doppelmoral“ der Nachkriegsgesellschaft ab, in der Prostituierte ausgegrenzt wurden und Prostitution gleichzeitig als ein für Männer notwendiges Übel angesehen wurde. „Auch heute noch werden Prostituierte oft diskriminiert. Jeder soll doch über seine Lebensform selber entscheiden können. Wieso können wir das nicht einfach akzeptieren?“, führte sie weiter aus. Auf die gesetzliche Lage in Deutschland ging Dr. Peter Fischinger näher ein: „Seit 2002 gibt es ein Prostitutionsgesetz, das der Prostituierten das Recht auf Lohn und folglich auch auf das Einklagen von diesem zuspricht. Während früher der Fokus auf dem Verhindern lag, geht es heute um die Regulation und Entkriminalisierung der Prostitution und vor allem um

den Schutz der sich in der Prostitution befindenden Frau.“ Inge Kleine hielt dem entgegen, dass das beschlossene Gesetz „eher die Strukturen um die Frau herum“ gestärkt habe. „*Lohn einzuklagen ist nun theoretisch möglich, kommt jedoch in der Praxis kaum vor*“, berichtete Inge Kleine. Sie sprach sich „für ein Verbot von Bordellen und für die Bestrafung von Freiern“ gemäß dem „nordischen Modell“ aus, das es bereits in Schweden gibt. Das häufig genannte Gegenargument, ein Prostitutionsverbot habe mehr Vergewaltigungen und Sexualstraftaten zur Folge, verneinte sie vehement. Sie forderte mehr Ausstiegsangebote und verstärkte Unterstützung für Prostituierte wie Gesundheits-, Trauma- und Schuldenberatung. Auch die Polizei müsse besser für dieses Thema sensibilisiert und geschult werden.

Ein weiteres Problem sprach der Regensburger Hauptkommissar Stefan Hader an: „Vor allem Sprachbarrieren wirken sich auf die Strafverfolgung aus. Bei einer der letzten Bordellkontrollen sprachen nur 2 von 23 Frauen deutsch.“ Allgemein herrsche bei dem Thema Prostitution ein „großer Rechtsunsicherheitscharakter“, nicht nur im strafrechtlichen, auch im gewerblichen und baurechtlichen Bereich. Stefan Hader befürwortete daher ein „einheitliches Regelwerk“ über Ländergrenzen hinweg. Bei einem generellen Verbot befürchtete er allerdings, dass Prostitution „in den Untergrund“ verdrängt und dadurch noch weniger kontrollierbar werde. Einem völligen Verbot widersprach auch Dr. Peter Fischinger: „Das wäre nicht verfassungskonform und lässt sich nicht mit der im Gesetz verankerten Freiheit der Berufsausübung vereinbaren. Das Ziel muss sein, die Realität zu verbessern.“

Beate Leopold, die seit vielen Jahren bei der Beratungsstelle für Prostituierte *Kassandra e.V.* in Berlin arbeitet, berichtete von der großen Bandbreite, was die Motivation für Prostitution: „Einige Prostituierte haben sich bewusst dafür entschieden, ihren Lebensunterhalt damit zu verdienen, andere wiederum sind unfreiwillig in die Prostitution geraten.“ In Bezug auf ein Prostitutionsverbot schloss sie sich der Meinung an, dass die Gewalt nicht eingedämmt, sondern die Situation eher gefährlicher werde: „Die Prostituierte hätte dann z.B. nicht mehr die Möglichkeit, sich den Kunden genauer anzusehen.“ Auch Hinweise von Freiern, dass ein bestimmtes Bordell genauer kontrolliert werden solle, wären dann nicht mehr möglich. In ihrem Schlussfazit erklärte Beate Leopold: „Moral muss aus der Diskussion heraus genommen werden. Es soll sachlich auf die Realität geblickt werden und Missstände müssen benannt werden. Das Ziel muss sein, einen legalen rechtssicheren Raum zu schaffen. Nur so kann der Kriminalität der Boden weggezogen werden.“